

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Pressesprecher
Kontakt: Sebastian Thiele
Telefon: 0331 866-3005

Potsdam, 11.04.2025

Pressemitteilung

Nr.: 23/2025

E-Mail: presse@mdjd.brandenburg.de
Internet: mdjd.brandenburg.de

35 Jahre Engagement für die Rechtspflege – Minister würdigt Gerichtsvollzieher auf Jubiläumstakt

Justizminister Dr. Benjamin Grimm hat am 11. April 2025 im Rahmen eines Festakts im Jagdschloss Hubertusstock in Joachimsthal dem Landesverband der Gerichtsvollzieher zum 35-jährigen Bestehen gratuliert. In seinem Grußwort hob der Minister die bedeutende Rolle der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher für die Rechtsordnung hervor und dankte ihnen für ihren täglichen Einsatz im Dienste der Justiz.

Justizminister Dr. Benjamin Grimm: „Mit ihrer Arbeit tragen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher maßgeblich dazu bei, dass rechtskräftige Entscheidungen umgesetzt werden. Sie sichern das Vertrauen in den Rechtsstaat und nehmen als selbständiges Organ der Rechtspflege komplexe und verantwortungsvolle Aufgaben wahr. Insbesondere im Außendienst beweisen sie in oft schwierigen Situationen Überzeugungskraft, Fingerspitzengefühl und Durchsetzungsstärke. Ihr Einsatz verdient nicht nur unseren Respekt, sondern auch unsere volle Unterstützung.“

Die Veranstaltung bot Gelegenheit, aktuelle Entwicklungen im Gerichtsvollzieherwesen in den Blick zu nehmen. Themen wie die Digitalisierung der Zwangsvollstreckung, die Herausforderungen bei der Entwicklung der elektronischen Akte sowie der Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs standen ebenso im Fokus wie die Diskussion um eine mögliche Akademisierung der Gerichtsvollzieherausbildung.

Mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung hob der Minister hervor, dass Brandenburg aktiv daran mitwirke, die Voraussetzungen für moderne Arbeitsmittel im Gerichtsvollzieherdienst zu schaffen. Der Pilotbetrieb für den elektronischen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss sei ein wichtiger Schritt, um Medienbrüche zu vermeiden und Abläufe zu beschleunigen. Auch die Pläne zur Einführung einer bundesweit abgestimmten elektronischen Aktenablage könnten langfristig zur Entlastung beitragen.